
Die Volksparteien und der Wertewandel

Michael Borchard

Wenn wir seufzend über Wertewandel sprechen, dann meinen wir – wenn wir ganz ehrlich sind – gar keinen „Wandel“, sondern eigentlich den „Werteverlust“, ja vielleicht sogar noch eine Spur dramatischer, den „Werteverfall“ und machen dafür ein Fülle von Gründen verantwortlich. Es gehört inzwischen zum „gepflegten Feierabenddiskurs mit dem Glas Rotwein in der Hand“, in diesen Kanon einzustimmen und eine wahre Apokalypse zu skizzieren: Es gebe ein maßloses Anspruchsdenken, ja eine „Vollkasko-Mentalität“. Leistungsbereitschaft, Pflichtbewusstsein und andere wichtige Tugenden ließen sich immer weniger finden. Schuld sei ein ausufernder Individualismus. Auch die globalisierte Weltwirtschaft wird zum Sündenbock. Sie fordere wie ein Moloch immer mehr Flexibilität und Mobilität im Beruf ein und lasse gar keinen Raum mehr für Wertorientierung. Damit befördere sie ebenfalls den Egoismus und die Selbstbezogenheit, die sich in der Freizeit fortsetzten.

Statt Freiheit und Verantwortung gebe es nur noch Freiheit: An die Gemeinschaft fühle man sich nicht mehr gebunden, Verpflichtungen ständen nicht hoch im Kurs. Das private Vergnügen stehe im Vordergrund: Die „Spaßgesellschaft“ sei das neue „goldene Kalb“. „Eine ganze Palette“, so schreibt Christian Welzel, „angeblich negativer Entwicklungen werden der allgemeinen Individualisierungstendenz zugeschrieben, darunter: steigende Scheidungs-

raten, fallende Geburtenziffern, sinkende Produktivität, schrumpfende Mitgliedszahlen von Kirchen, Gewerkschaften (...) Dieser Gemeinschafts- und Bindungsverlust bedeute letztlich auch einen Verlust an moralischer Orientierung (...) Ein solcher Totalverlust der Maßstäbe müsse zwangsläufig die mentale Verfassung der Gesellschaft schädigen und sich in verbreiteter Depression niederschlagen.“

Und mitten in diesem düsteren Untergangsgemälde haben – gleichsam auf verlorenem Posten – die Volksparteien ihren Platz, die offenbar zu den „Hauptbetroffenen“ dieser Entwicklung zählen: Geschlagen von Politikverdrossenheit und nachlassenden Bindungen, konfrontiert mit zurückgehendem Vertrauen und Mitgliederschwund, angeblich ohne jede Problemlösungskompetenz – umgeben von „missgünstigen“ Wechselwählern, Protestwählern und Nichtwählern, die im wahrsten Sinne des Wortes „wählerisch“ geworden sind. „Haben die Volksparteien noch Zukunft?“, so hat Jürgen Rüttgers bereits vor 12 Jahren gefragt: „Gleichen Sie nicht Dinosauriern (...)? Sind sie nicht übergroß und unbeweglich, Gefangene ihrer eigenen Schwerfälligkeit und daher vom Aussterben bedroht?“.

Entsprechen diese pessimistischen Klagelieder wirklich den Tatsachen? Zunächst ist – was den angeblichen Werteverfall betrifft – festzustellen, dass seit Menschengedenken gerade in Zeiten des Wandels, der die Menschen zwingt, sich von Gewohntem zu verabschieden, neben der Unsicherheit und der Sehnsucht nach Orientierung auch das Lamento über Verfall und Dekadenz dazugehört. „Die Krise der Moderne“, sagt der Theologe und Religionswissenschaftler Friedrich Wilhelm Graf, „ist so alt wie die Moderne selbst. Insofern erleben wir in der Gegenwart nur verstärkt, was für moderne Gesellschaften immer charakteristisch gewesen ist: starke interne Polarisierungen in Wertfragen, bleibender Dissens darüber, was die tragenden Fundamente des gemeinsamen Lebens sind, Auseinandersetzungen darüber,

ob es so etwas wie eine Leitkultur geben muss und die irritierte Sorge vor der Allgewalt des Ökonomischen.“

Die Geschichte lehrt immer wieder eindrucksvoll, dass als negativ empfundene Prozesse durchaus auch positive Folgen haben können. Bei genauerer Betrachtung des angeblichen Werteverfalls, des Moral- und Gemeinschaftsverlustes wird ein differenzierter Befund sichtbar: Die demoskopischen Erkenntnisse der letzten Jahre sprechen dafür, dass es zum Ende der sechziger und zum Anfang der siebziger Jahre tatsächlich eine deutliche Abnahme der Bedeutung einiger Werte und Tugenden gegeben hat mit bleibenden Folgen für die Gegenwart. Aber sie zeigen eben auch, dass neben diesen „Verlusten“ augenscheinlich „Gewinne“ zu verzeichnen sind und wir es insofern eben nicht mit einem „Werteverlust“, sondern wirklich mit einem „Wertewandel“ zu tun haben.

Schon die Shell-Studien der letzten Jahre und eine Fülle von anderen Untersuchungen zeigen, dass es um die Wertvorstellungen der „Kinder der Freiheit“, wie Ulrich Beck gesagt hat, so apokalyptisch wie beschrieben gar nicht bestellt zu sein scheint. „Wichtig ist“, so schreibt der Philosoph Gerhard Kruij, „dass es in den Wertvorstellungen offenbar Kombinationen gibt, die man auf der Basis eines traditionellen Wertesystems nicht ohne weiteres als naheliegend empfindet. Größere Eigenständigkeit kommt durchaus gemeinsam mit Hilfsbereitschaft vor. Das Streben nach Autonomie korreliert mit Sozialität. Der Übergang von Pflicht- zu Selbstentfaltungswerten (Helmut Klages) geht nicht auf Kosten der Bereitschaft zum Engagement und zur Solidarität. Stünde bei den Älteren noch die Pflicht zu „helfen“ im Vordergrund, so spiele bei den Jüngeren beim Einsatz für andere auch der Faktor „Selbstverwirklichung“ und „Spaß“ eine Rolle. Tatsächlich hat beispielsweise das freiwillige Engagement keinesfalls drastisch nachgelassen. Die sogenannten Freiwilligensurveys zeigen regelmäßig, dass weit mehr

als ein Drittel aller Deutschen freiwillig und ehrenamtlich engagiert ist und dass das Potential der aktivierbaren Personen noch deutlich darüber liegt. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland auf einem guten Mittelplatz.

Ausgerechnet Elisabeth Noelle-Neumann, die bis zuletzt als „Kronzeugin“ des Werteverfalls galt und ihn immer wieder aus Allensbach mit empirischen Befunden zu beweisen trachtete, bestätigt, dass gegenwärtig durchaus eine Renaissance von traditionellen Werten festzustellen sei und verloren geglaubte Tugenden wieder an Bedeutung gewinnen. Die verschiedenen Studien der vergangenen Jahre – von der Shell Jugendstudie über die Speyerer Wertesurveys, von Infratest bis Allensbach – lassen sich in der Tat auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Sie zeigen auf, dass Ehrgeiz und Anstand, Gemeinschaftswerte, starke Familienorientierung, Leistungsorientierung und Verantwortung gegenüber dem Mitmenschen als überragend wichtige Werte eingeschätzt werden.

In die gleiche Richtung argumentiert der „Werteforschungs-Papst“ Helmut Klages: Er stellt fest, dass sich eine Mischung, eine Vereinigung gegensätzlich erscheinender Werte eingestellt hat: Werte, die in der Forschung als „traditionelle“ und „moderne“ Werte voneinander abgegrenzt werden, können durchaus gemeinsam auftreten. Der von Helmut Klages beschriebene Typus des „aktiven Realisten“, der den größten Bevölkerungsanteil (zwischen 30 und 40 Prozent) ausmacht, ist in der Lage, „auf verschiedene Herausforderungen ‚pragmatisch‘ zu reagieren, gleichzeitig auch mit starker Erfolgsorientierung ein hohes Niveau an ‚rationaler‘ Eigenaktivität und Eigenverantwortung zu erreichen. Sie sind auf eine konstruktiv-kritikfähige und flexible Weise institutionenorientiert und haben verhältnismäßig wenige Schwierigkeiten, sich in einer vom schnellen Wandel geprägten Gesellschaft zielbewusst und mit hoher Selbstsicherheit zu bewegen.“

Darf man den Marketingfachleuten Glauben schenken, dann trifft dies interessanterweise nicht zuletzt auf einen Großteil der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern zu: „Der“ Ostdeutsche ist im Werber-Jargon ich-bezogen und gemeinwohlorientiert, freiheitsliebend und pflichtbewusst, abenteuerlustig und sicherheitsbedürftig. Es ergebe sich ein pragmatischer Realismus, eine Balance zwischen Ich und Wir, zwischen Vergnügen und Leistung, zwischen Recht und Pflicht. Dieser Wertecocktail, wie ihn die Shell-Jugendstudie bezeichnet, ist in Ostdeutschland konstanter etabliert und weiter verbreitet als in Westdeutschland. Holzschnittartig gesagt: Die Ostdeutschen gingen „traditioneller“ geprägt in die Einheit und trafen auf eine „moderner“ geprägte westdeutsche Gesellschaft, in der – auch als Folge von 1968 – die Individualwerte eine wichtigere Rolle gespielt haben.

Eine ähnliche Entwicklung scheint es – ebenso vereinfacht gesagt – mit umgekehrten Vorzeichen für den Westen zu geben. „Der ungenierte Hedonismus der 90er ist Vergangenheit“, sagt der Werbefachmann Alexander Mackat, die starke Orientierung am Individualismus trete in den Hintergrund, traditionelle Werte rückten wieder stärker in den Vordergrund. Ihn bringt das zu der spannenden These, dass Werbung, die vor allem auf die alten Länder und auf stärkeren Individualismus ausgerichtet sei, in den neuen Ländern nicht funktioniere, während Werbung, die für den Osten konzipiert sei und dort spezifische Wertemuster anspreche, auch im Westen funktioniere. Auch Wahlwerbung ist im Kern Werbung. Insofern sind die Erkenntnisse Mackats auf die Wahlwerbung und auf die politische Kommunikation der Volksparteien durchaus übertragbar.

Wenn dem so ist, welche Folgen haben die geschilderten Befunde über den Wertewandel für die Akzeptanz, aber auch für die Handlungsoptionen der Volksparteien? Und

in welchem Licht erscheinen die Volksparteien vor diesem Hintergrund?

Warnfried Dettling beantwortet die Frage nach der Krise der Volksparteien vor dem Hintergrund des beschriebenen Wertewandels überraschend anders: Er sagt, sie befänden sich nicht im Niedergang, sondern – so wie die Werte – im Übergang „in eine andere Zeit, in eine andere Gestalt, in andere Beziehungen nach innen wie nach außen. Volksparteien wie in den 1970er Jahren wird es nicht mehr geben. Damals haben Union und SPD bei zwei aufeinanderfolgenden Bundestagswahlen, 1972 und 1976, zusammen jeweils über 90 Prozent der Stimmen erhalten (...), und das bei einer Wahlbeteiligung von jeweils wiederum über 90 Prozent. Nicht nur, was die Parteien betrifft (...), hatte die Gesellschaft der alten Bundesrepublik damals den Gipfel der sozialen Integration erreicht.“

Inzwischen, so Dettling, seien diese Zustände vergangen, und es sei sinnlos, die „Optimierungsmöglichkeiten“ der Parteien daran zu messen. Eine Partei, die sich an solchen unerreichbaren Zielen orientiere, müsse zwangsläufig ihr eigenes Scheitern produzieren. Eben deshalb sei es wichtig, nicht von einer Krise der Volkspartei zu sprechen. Eine Krise könne man überwinden und dann sei es wieder wie vorher. Dies sei nicht mehr möglich, die Rettung liege nicht in der Vergangenheit.

Die Befunde sind bekannt: Verlässliche traditionelle Milieus gibt es nicht mehr in vergleichbaren Ausmaßen und damit ist auch der Anteil der Stammwählerschaften deutlich zurück gegangen. Der „Wählermarkt“ ist flexibler geworden, weil die Menschen flexibler geworden sind.

In der Tat scheint die Verheißung in dem Satz zu liegen, der Konrad Adenauer zugeschrieben wird und der stets in seinem wunderbaren rheinischen Idiom zitiert wird: „Se müssen de Menschen nehmen, wie se sin, se kriejen keine anderen!“ Wenn sich die Wertpräferenzen und die Lebens-

stile der Menschen verändert haben, müssen sich die Parteien fragen, wie sie auf diese veränderten Einstellungen reagieren. Sind die Volksparteien, wie es Jürgen Rüttgers in seinem eingangs erwähnten Bild von den „Dinosauriern“ verdeutlichen wollte, wirklich zu schwerfällig, zu bewegungsunfähig und zu groß, um den gewandelten Bedürfnissen der Menschen entgegen kommen zu können?

Gäbe es ein „Handbuch“ für den engagierten Parteipolitiker, das Anleitungen bereit hielte, wie auf mehr oder weniger kluge Fragen aus dem Munde des „politischen“ Journalisten nach der Zukunft der Volksparteien zu reagieren sei, es enthielte wohl einen entscheidenden Hinweis: Dass der Verweis auf die eigenen und spezifischen „Werte“ immer „gut komme“, insbesondere im Blick auf das eigene Stammwählerpotential! Die Stammwähler seien es, die die Brücke zwischen „Traditionalisten“ und den „Aufgeschlossenen, Modernen, Offenen“ schlagen würden. Ist die vermeintliche oder tatsächliche Wertausrichtung der beiden großen deutschen Volksparteien wirklich das Unterscheidungsmerkmal, das sie so unverzichtbar und zugleich unvergleichbar mit den anderen Parteien macht? Wie wichtig sind „wertorientierte Begründungskontexte“, wie es der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte formuliert?

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Frage, ob Parteien im Wettbewerb um die Macht auch heute noch unterschiedliche, mit ihnen spezifisch identifizierbare Werte verkörpern und welche Rollen Werte und Ideologien in der politischen Auseinandersetzung tatsächlich spielen? Seymour Martin Lipset, Stein Rokkan und andere haben seit Ende der 1960er Jahre immer wieder darauf hingewiesen, dass die Entstehung der modernen Parteien durch zentrale gesellschaftliche Konflikte beeinflusst, ja bedingt worden ist. In der Zeit der industriellen Revolution sei dies idealtypisch die Auseinandersetzung zwischen den Kapitaleigentümern und der Arbeiterklasse gewesen. Der

Historiker Horst Möller weist ergänzend auf eine Tatsache hin, die diese Konflikte eher verschärft hat: Die Parteien mussten sich in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ihre Teilhabe an der Macht des Staates gegen das Kaiserreich Stück für Stück erkämpfen, was zu einer hohen Ideologisierung geführt habe, die wiederum Auswirkungen bis in die Zeit der Weimarer Republik entfaltet habe. Das Ausmaß der ideologischen Auseinandersetzungen hatte einen Grad erreicht, der – vereinfacht gesagt – die Parteien zunehmend vom Volk abgekoppelt und Distanzen zwischen der Bevölkerung und dem demokratischen Staat hervorgerufen hat.

Die heutigen Parteien haben mit diesen fundamentalen, zum Teil sogar fundamentalistischen Traditionen vermeintlich kaum noch etwas gemein. Sie haben sich – so wie die Menschen sich verändert haben – ebenfalls verändert: Sie haben sich über die Jahrzehnte „entideologisiert“ und sind sich dadurch zwangsläufig in ihrer Programmatik ein Stück weit näher gekommen.

Wem käme heute beim Blick auf die Volksparteien nicht das schöne hintersinnige Gedicht „Lichtung“ des Dichters Ernst Jandl ins Gedächtnis: *„manche meinen lechts und rinks kann man nicht verwechseln werch ein illtum!“* Den Volksparteien wird vorgeworfen, sie seien weder wirklich links noch wirklich rechts und auf dem Tummelplatz der undefinierten „Mitte“ verwechselbar und austauschbar geworden. Nichts mehr sei übrig von den „aggregierten Interessen“ unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen entlang der wesentlichen Konfliktlinien. Ausgerechnet auf dem Höhepunkt der Grundsatzprogrammdebatten der beiden großen Volksparteien schreibt Ende 2007 die Hannoverische Allgemeine Zeitung: Wenn sie ehrlich wären, „würden SPD und Union gestehen, einander ziemlich ähnlich geworden zu sein. Neue äußere Bedingungen mögen dies bewirkt haben, wie bei Konvergenzphänomenen in der Na-

tur, wo Pflanzen verschiedener Herkunft bei gleichartigen Umweltbedingungen ähnliche Formen annehmen.“ Inhaltlich seien die Volksparteien nicht mehr zu unterscheiden; es bestehe akute Verwechslungsgefahr.

Zunächst darf nicht vergessen werden, dass an der Geburtsstätte unseres heutigen Parteiensystems in der Zeit nach dem Krieg und nach der Katastrophe des Nationalsozialismus gänzlich andere Motive Pate gestanden haben. Nun ging es nicht mehr um Ideologie, sondern gerade um die Überwindung von Fundamentalismus, um Integration und um eine Abkehr von Grabenkämpfen. Wer auch immer den Parteien heute vorwirft, sie seien austauschbar und hätten ein zu großes Maß an Gemeinsamkeiten, erkennt, wie wichtig für die geradezu ungeheure Stabilität unseres Parteiensystems – man wage nur einen verstohlenen Blick auf die Parteiengeschichte manch eines europäischen Staates (Italien, Frankreich etc.) und den rasanten Wechsel von Parteien – und unserer Demokratie eben dieser Grundkonsens und – trotz aller nachlassender Integrationskraft – die gemeinsame Dominanz der Volksparteien gewesen ist. Dass es in einigen wesentlichen Fragen einen Grundkonsens gibt, ist deshalb alles andere als verwerflich oder gar eine immanente Absichtserklärung für eine „immerwährende implizite große Koalition“ wie die „tageszeitung“ es kürzlich formuliert hat.

Gleichwohl können solche gewollten Übereinstimmungen in wesentlichen systemrelevanten Fragen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die unterschiedliche Profilierung der Parteien ebenfalls entscheidend für das Funktionieren unseres Parteiensystems ist. Wenn richtig ist, dass grundlegende Werthaltungen nur dann einen „Einfluss auf den Parteienwettbewerb haben, wenn erstens in den Programmen und politischen Aussagen der Parteien unterschiedliche Werthaltungen zum Ausdruck kommen“, wie Wolfgang Jagodzinski und Steffen Kühnel sagen, und wenn stimmt, dass

sich diese Wertkonflikte auch in der Wählerschicht wiederfinden müssen, dann muss die Frage, ob die deutschen Volksparteien tatsächlich nur noch zwei leere Flaschen mit lediglich unterschiedlichen Etiketten (Tocqueville) sind, beantwortet werden.

Die bereits zitierten empirischen Wahlforscher Lipset und Rokkan haben Mitte der 1960er Jahre festgestellt, dass alle westeuropäischen Parteiensysteme auch nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus noch durch die großen Konflikte der vergangenen Jahrhunderte geprägt worden seien. Religiöse und industrielle Konflikte hätten ihre bleibenden Spuren im Parteiensystem hinterlassen. Spuren, die bis heute fortwirken. Der genaue Blick in die Grundsatzzprogramme zeigt, dass sich immer noch deutliche Unterschiede im Menschenbild zeigen, die massive Auswirkungen auf die konkreten politischen Inhalte haben: Vom Lebensschutz über den Blick auf die Phänomene der Globalisierung, von der Wirtschafts- und Sozialpolitik bis hin zur Europa- und Außenpolitik (z. B. Türkei und Auslandseinsätze etc.). Die eine Partei thematisiert die Begrenztheit politischer Lösungen, die andere beharrt auf dem Primat der Politik. Die eine betont die Verpflichtung des Staates, jedem Menschen durch vergleichbare Ausgangsbedingungen die Freiheit zu ermöglichen, die andere Partei betont, dass es zunächst jenseits des staatlichen Handelns die Verbindung von Freiheit und Verantwortung ist, die Ausgewogenheit von Solidarität und Freiheit ist, die Missbrauch verhindert und Gerechtigkeit herbeiführt.

Wenn diese Konfliktlinien in den Grundsatzzprogrammen so deutlich und auf den ersten Blick für jeden aufmerksamen Leser sichtbar sind, warum werden sie dann in der breiten Öffentlichkeit so vergleichsweise wenig wahrgenommen? Es war nie so, dass Grundsatzzprogramme zu den preisverdächtigen „Bestsellern“ der politischen Literatur gehörten. Diese Funktion einer „direkten“ Wir-

kung hat wohl kein Grundsatzprogramm einer Partei jemals erfüllt. Sie wirken vielmehr „indirekt“, indem sie nicht zuletzt in den Medien zu einer „Imagebildung“ beitragen und auf diesem Weg im Idealfall dann doch eine nicht unerhebliche Wirkung auf Wahlentscheidungen und Parteibindungen entfalten können.

Dass dies immer weniger gelingt, hängt vielleicht paradoxerweise mit der übermäßigen Präsenz der Parteien zusammen, auf die Peter Lösche mit dem Begriff der Kompetenzüberdehnung hingewiesen hat. Sie ist es, die den klaren Blick auf die Unterschiede verstellt. In allen Räten vertreten, bei allen wesentlichen Personalentscheidungen in der Republik beteiligt, wird der Anschein der „Allzuständigkeit“ hervorgerufen. Als „Dienstleistungs-“ und „Medienparteien“ wecken die Volksparteien Erwartungen, die sie unmöglich erfüllen können.

Die Tatsache, die die Berliner Journalistin Tissy Bruns unlängst treffend formuliert hat, dass die Medien zunehmend ohne die Politik, die Politik aber nicht ohne die Medien auskommen kann, führt in einen Teufelskreis: Durch die Skandalisierung von Details, die wiederum Aufmerksamkeit zunächst bei den Medien und in der Folge bei den Bürgerinnen und Bürgern sichern und sie überzeugen soll, entsteht erst recht der Eindruck der Kleinteiligkeit, der Plan- und Ziellosigkeit, der Schwerfälligkeit. Wer die Details der Gesundheitsreform nicht begreift, der gewinnt den Eindruck, man „drücke“ sich vor den wirklich entscheidenden Zukunftsfragen und flüchte sich stattdessen ins „Schattenboxen“. Enttäuschung ist vorprogrammiert, und Populisten, die es sich einfach machen und bewusst die Affekte der Menschen ansprechen und auf die vermeintliche Realitätsferne der Volksparteien hinweisen, genießen Zuspruch.

Warnfried Dettling schreibt: „Es geht wohl zu Ende die Politik der leichten Hand und der materiellen Versprechen

nach dem Motto: Wir versprechen Euch dies und das. Wählt uns. Danach liefern wir („*Politics of Delivery*“). Dieses politische Muster war schon vor der Krise problematisch.“

Olaf Winkel hat in einem Beitrag über „Wertewandel und Politikwandel“ in ähnlicher Form festgestellt, dass den demokratisch legitimierten staatlichen Entscheidungsträgern – aber auch den Parteien, den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Großorganisationen vorgeworfen werde, „sie verwalteten lediglich den Mangel und blieben überzeugende Antworten auf drängende gesellschaftliche Herausforderungen schuldig“. Man müsse die Frage stellen, ob nicht auch die professionelle Politik in den Sog eines destruktiven Wertewandels geraten ist, nämlich in der Weise, dass die politischen Tugenden der Entscheidungsfähigkeit, Disziplin, Realitätsnähe und Verantwortungsbereitschaft zunehmend einem postmaterialistischen „anything goes“ weichen, in dem die Bereitschaft, sich auch mit nach herkömmlichen Maßstäben nicht akzeptablen Entwicklungen abzufinden, sehr leicht in Zynismus und Fatalismus umschlagen könnte.

In Anlehnung an das genannte „Bonmot“ Adenauers, von den Menschen, die man sich nicht backen könne, bedeutet das kurz gesagt: Die Erneuerung der alten Kraft der Volksparteien ergibt sich nicht, indem man auf eine wie auch immer geartete Veränderung der Gesellschaft, vielleicht sogar auf eine Rückkehr traditioneller Einstellungen und Bindungen hofft. Diese Erneuerungskraft muss aus den Volksparteien selbst kommen: Vertrauen gewinnt Politik, wenn sie glaubwürdig ist.

Dementsprechend schreibt Warnfried Dettling auf die gegenwärtige Situation bezogen: „Ernste Zeiten erfordern eine ernste Politik. An die Stelle der Politik der leichten Hand muss treten, was man ‚*Politics of Commitment*‘ nennen könnte: eine Politik, die sich von Zielen und Werten her legitimiert, die sich und andere auch in die Pflicht nimmt. Die Botschaft könnte lauten: Die Lage ist ernst.“

Aber wir können und werden die Krise meistern. Das wird aber nur gemeinsam gelingen. Die Regierung muss ihren Teil dazu beitragen, die Bürger aber auch. Wir laden alle ein, mit uns an dieser gemeinsamen Aufgabe zu arbeiten.“

So verlockend diese Vision klingt: Sie kann ohne Träger, ohne Personen, die das Bindeglied zwischen dem „Volk“ und den Parteien vor Ort herstellen, nicht funktionieren.

Hier kommt uns – als sich schließender Kreis – ausgerechnet der eingangs gezeigte „Individualismus“ zur Hilfe und das ausgerechnet in einem Bereich, der beispielsweise von Krupa als zentrales Problem identifiziert worden ist: Der Mitgliederschwund, der „scheinbar weniger Engagement, weniger Debatten, weniger Repräsentativität, kurzum: eine geringere Verankerung in der Bevölkerung mit sich bringe“. Diesem Trend steht offenbar ein neuere Entwicklung entgegen, die zeigt, dass der Individualismus auch positive Folgen für die Volksparteien haben kann: Die Parteieliten haben sich, wie Elmar Wiesendahl bestätigt, heute „mit viel selbstbewusster gewordenen, eigensinnigen Parteimitgliedern“ zu befassen als früher. Eine Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung bei Parteimitgliedern der Union scheint diesen Trend zu bestätigen: Die Motivation einer Partei beizutreten, hat sich deutlich geändert. Sozial-gesellige Motive treten ganz deutlich in den Hintergrund. Die aktive Gestaltung von Politik steht dagegen an erster Stelle. Für den Beitritt in die CDU sind die auf den politischen Prozess bezogenen Motive wichtiger geworden, was – auch im Vergleich zu 1992 – auf einen neuen Mitgliedertypus hinweist: aktiv und politikorientiert. Daher ist die Aktivitätsbereitschaft trotz gesunkener Mitglieder sogar gestiegen. Für die SPD lassen sich vergleichbare Befunde feststellen.

Wenn es vor allem passive Mitglieder sind, die den Parteien den Rücken kehren, dann würde die reine Anzahl der Mitglieder für die Politik- und Kampagnenfähigkeit der

Parteien weniger Bedeutung haben, als die Frage des Aktivitätsniveaus. Insofern kann – freilich vorausgesetzt, dass den Neumitgliedern auch wirklich Räume und Möglichkeiten für ihr Engagement geboten werden – der Wertewandel sogar in dieser Hinsicht eine Chance für die Volksparteien darstellen.

Wenn es gelingt, solche Potentiale bei den Mitgliedern, aber auch in der Anhängerschaft insgesamt zu nutzen, dann können die Volksparteien die Garanten für die notwendige Kommunikation zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den politisch Handelnden bleiben und stellen damit auch in Zukunft, wie es Richard Schmidt gesagt hat, die „staatsbildenden Kräfte des Gesellschaftslebens“ dar.

Letztlich muss es darum gehen, den Wertewandel nicht zu beklagen, sondern die „Gewinne“, die konstruktiven und hilfreichen Potentiale des Wertewandels zu einem entscheidenden Kapital gesellschaftlicher und politischer Entwicklung zu machen. Solche Herkulesaufgaben kann kein „Heilsbringer“ alleine bewerkstelligen. Das können letztlich nur die Volksparteien bewerkstelligen, die immer wieder an den Gemeinschaftssinn appellieren und ihn in Politikgestaltung umsetzen müssen. Keine anderen Institutionen, weder Kirchen, noch Medien noch Gewerkschaften, haben die Chance, auf die Erfordernisse einer wahrlich herausfordernden Zukunft hinzuweisen und den Menschen zugleich Orientierung und Sicherheit zu vermitteln, indem sie Flexibilität, Innovationsfähigkeit und Offenheit mit Heimat und Traditionsverbundenheit kombinieren – sozusagen mit dem Kopf über den Wolken und den Füßen auf dem Boden. Auch deshalb bleiben sie trotz aller Schwächen unverzichtbar und wertvoll. Der Wertewandel jedenfalls ist kein geeigneter „Grabredner“ für die Volksparteien, vielleicht ist er – klug genutzt – ihre große Chance.